

Ankara verhärtet seine Position gegenüber Christen

IGFM: Großer Rückschlag für den EU-Beitritt – Ministerpräsident Erdogan hat die bereits gefundene Basis für Beitrittsverhandlungen wieder verlassen.

Frankfurt am Main (www.kath.net) Christliche Kirchen werden in der Türkei keinen öffentlich-rechtlichen Status erhalten. Das teilte die Internationale Gesellschaft für Menschenrecht (IGFM) mit. Die türkische Regierung betonte am Dienstag in Ankara, man wolle sich vor dem Beginn der Beitrittsverhandlungen keine Bedingungen stellen lassen.

Dies betrifft vor allem die noch immer nicht gewährleistete freie Verfügung der christlichen Gemeinden über ihre Immobilien und Kirchengebäude, Schulen und Klöster. Zugleich wird den Christen der Türkei weiterhin die rechtliche Grundlage zur Führung theologischer Lehranstalten verweigert.

Die IGFM sieht nach den Worten ihres Geschäftsführenden Vorsitzenden Karl Hafen „seit dem Sommer dieses Jahres keinen substantiellen Fortschritt der Türkischen Republik in der Religionspolitik mehr.“ Hafen: „Im Gegenteil, Ankara bewegt sich mit dieser Haltung wieder weit weg von Europa und eine Aufnahme in die EU rückt in weitere Ferne. Denn in Europa dürfen nicht zwei verschiedene Maßstäbe über die Behandlung von Bürgern zugelassen werden.“

Es sei daher „konsequent, den Termin über den Beginn von Beitrittsverhandlungen so lange zu verschieben, bis die Türkei zu der bereits gefundenen Basis zurückkehrt“. Die Erfüllung dieser von der IGFM und anderen Menschenrechtsorganisation genannten Forderungen war zugesagt, kritisiert die IGFM. Dass die Umsetzung dieses Teilbereiches der Religionsfreiheit plötzlich als „staatsgefährdend“ verworfen werde, sei ein großer Rückschlag für die Beitrittsverhandlungen.

Ministerpräsident Erdogan werden sogar Äußerungen zugeschrieben, wonach er sich „weder aus Brüssel noch von einzelnen EU-Mitgliedern“ Vorschriften machen lassen wolle. Sonst könne es geschehen, dass „wir Türken es sind, die Nein zur Europäischen Union sagen“.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=9131>

Auf KATH.NET seit dem: 09. 12. 2004 12:00 Uhr

© www.kath.net

Türkei: gesicherter Rechtsstatus für Kirchen muß her!

Religionsfreiheit ist nicht verhandelbar

IGFM - Internationale Gesellschaft für Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V., Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main

Nr. 1 Januar/Februar 2005,4

Kurz vor Weihnachten eine Schockmeldung aus Istanbul: Die Liegenschaften der deutschen katholischen Gemeinde St.Paul - Kapelle, Pfarrhaus und Altenheim - wurden von ihrem Treuhänder gegen den Willen der Gemeinde an eine türkische Baugesellschaft-veräußert. Zum Jahresbeginn dann die erfreuliche Meldung, daß nach Interventionen der Deutschen Bischofskonferenz der Verkauf des Kirchengrundstückes rückgängig gemacht werden konnte. Der überraschende Verkauf so kurz vor Weihnachten war von der türkischen Rechtslage begünstigt worden. Weil es nichtmuslimischen Glaubensgemeinschaften aufgrund der fehlenden rechtlichen Anerkennung in der Vergangenheit verboten war, Grundstücke zu erwerben, hatte die katholische Gemeinde in den sechziger Jahren eine von Vertrauenspersonen geführte Aktiengesellschaft gründen müssen. Nachdem es zu einem Zerwürfnis zwischen dem Treuhänder und der Kirche kam, hat dieser das Gelände hinter dem Rücken der Gemeinde verkauft.

Was der deutschen katholischen Gemeinde passieren kann, kann immer noch jeder ausländischen Kirche passieren, aber nicht nur diesen, denn das türkische Gesetz hat eine Menge Schikanen vorgesehen, christlichen Kirchen, auch den einheimischen christlichen Kirchen, das Dasein so schwer wie nur möglich zu machen. Im November 2004 wurde beispielsweise die Enteignung des Waisenhauses der griechisch-orthodoxen Kirche auf der Insel Büyükada vor Istanbul gerichtlich bestätigt. Daß die Beschlagnahmung im EU-Fortschrittsbericht vom 6. Oktober 2004 ausdrücklich kritisiert wurde, hinderte die Türkei in keiner Weise am Vollzug. Die seit 1970/71 geschlossenen theologischen Lehranstalten der armenischen und griechisch-orthodoxen Christen in der Türkei wurden trotz aller staatlicher Zusagen nicht geöffnet. Mit der Entscheidung über den Beginn von Beitrittsverhandlungen erst am 3. Oktober diesen Jahres hat die Türkei einen weiteren Aufschub für die

Verwirklichung der Religionsfreiheit erreicht. Aber jetzt eine Pause einzulegen, ist falsch, denn das Menschenrecht Religionsfreiheit ist nicht verhandelbar.

Wir müssen darauf drängen, daß nicht erst mit dem Beginn der Verhandlungen Fortschritte angezielt werden, sondern daß unverzüglich ein gesicherter Rechtsstatus für die Kirchen anerkannt, die Enteignung des Waisenhauses rückgängig gemacht und die Lehranstalten der armenischen und griechisch-orthodoxen Christen geöffnet werden! In einem ersten Schritt werden wir Ministerpräsident Erdogan bitten, für die Christen eine europäischen Standards entsprechende Religionsfreiheit zu sorgen. Im nächsten Schritt im April werden wir den neuen Erweiterungskommissar der EU auffordern zu prüfen, ob die Türkei den Reformprozeß hinsichtlich Religionsfreiheit seit dem 17.12.2005 fortgesetzt oder ausgesetzt hat und schließlich werden wir während der im Mai beginnenden Kirchentage öffentliche Foren für unsere Forderungen suchen.

Türkei: neue Übergriffe auf Christen Bleibewillen stärken

IGFM - Internationale Gesellschaft für Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V., Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main

Nr. 4 Juni/Juli 2005,4

Die türkische Regierung läßt die Zeit bis zum geplanten Beginn der Beitrittsverhandlungen zur EU am 3. Oktober verstreichen und tut nichts für die Verbesserung der Lage der Christen. Im Gegenteil: nach einer Anweisung der Religionsbehörde Diyanet an die Imame des Landes, in den Moscheen gegen die Missionierung durch christliche Missionare zu predigen, ist es zu Übergriffen auf protestantische Gemeinden gekommen. Am 6. Juni wurde gar ein gezielter Anschlag mit einer ferngezündeten Bombe auf den assyrisch-orthodoxen Priester Ibrahim Gök aus Gütersloh und seine Begleiter verübt, die die Rückkehr von ehemals nach Westeuropa geflohenen Christen in den Tur Abdin vorbereiten wollten. Diese Bemühungen haben jetzt einen schweren Dämpfer erhalten.

Das öffentliche Versprechen, die Wiedereröffnung der theologischen Lehranstalten der armenischen und griechischorthodoxen Christen zuzulassen, ist nicht erfüllt, die Enteignung des Waisenhauses der griechisch-orthodoxen Kirche auf der Insel Büyükdada vor Istanbul wurde nicht rückgängig gemacht, die christlichen Kirchen bleiben weiterhin ohne Rechtsstatus.

Seit vier Jahren wirbt die IGFM für die Unterstützung der wenigen christlichen Dorfschullehrer im TurAbdin, die den Familien der noch verbliebenen assyrischen und aramäischen Christen den Halt geben, nicht auch noch wegzuziehen wie Hunderttausende vor ihnen. „Unsere Lehrer nehmen sehr wichtige Aufgaben wahr, und es ist unentbehrlich, daß sie ihre Arbeit fortsetzen. Ohne ein Programm wieder Lehrerfonds sind unsere Kinder in der religiösen Erziehung benachteiligt, denn sie werden von anderen Lehrern keine Unterstützung erhalten," (Timotheos Samuel Aktas, Erzbischof vom Tur Abdin, 27.2.2002) Die Lehrer, die im Alltag normalen Berufen nachgehen und die Kinder abends und am Wochenende unterweisen, erhalten als Entlohnung für ihre Tätigkeit jährlich 600 €. In den vergangenen Jahren sind zwei Lehrer weggezogen, nur noch zehn sind geblieben. Stärken wir ihren Bleibewillen!

Die Lage der Christen hat sich verschlechtert, daher: Beginn der Beitrittsverhandlungen anz 3. Oktober aussetzen An: IGFM, Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/M

An den Erweiterungskommissar der Europäischen Union Prof.Dr. Olli Rehn

Rue de la Loi/Wetstraat 200 1049 Bruxelles

Belgien

Sehr geehrter Herr Prof.Dr. Rehn,

weil Kroatien seinen Verpflichtungen zur Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag nicht in ausreichendem Umfange nachgekommen ist, wurde die Verschiebung der Beitrittsverhandlungen als angemessene Reaktion angesehen, Kroatien seine Verpflichtung zur europäischen Wertegemeinschaft auf diese Weise abzurufen.

Im Falle der Türkei hält die EU am 3. Oktober fest, obwohl eine Verschlechterung der Lage der Christen in der Türkei festzustellen ist. Wer erhofft hatte, daß die Türkei die Zeit zwischen dem 17. Dezember 2004 und dem 3. Oktober 2005 nutzen würde, um wenigstens eine weitere Annäherung an den europäischen Standard zu erreichen, sieht sich enttäuscht. Die Kirchen haben weiterhin keinen gesicherten Rechtsstatus, die theologischen Lehranstalten wurden nicht geöffnet, die enteigneten Immobilien

armenischer Christen nicht zurückgegeben. Im Frühjahr 2005 ist es mehrfach zu Übergriffen auf protestantische Gemeinden gekommen, im Juni auch auf den syrisch-orthodoxen Pfarrer Gök aus Gütersloh, der in der Türkei Urlaub machte. Ist es angesichts dieser Entwicklungen nicht angebracht, gleiche Maßstäbe wie an Kroatien anzulegen und den Termin auszusetzen, bis spürbare Verbesserungen erkennbar sind?

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) ist sich im Klaren, daß eine Aussetzung des Termins zu weiterem Druck auf die Christen in der Türkei führen kann, jedoch hätte die Akzeptanz einer schleichenden Aushöhlung der Menschenrechte durch Duldung von in der Türkei aufgestellten Regeln unabsehbare Folgen für die Achtung der Menschenrechte in Europa schlechthin. „Pacta sunt servanda“. Die Türkei hat sich nicht daran gehalten. Darum empfiehlt die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), am 3. Oktober nicht mit den Verhandlungen zu beginnen.

Ich schließe mich diesem Appell an:

Name, Anschrift, Unterschrift

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=11101>

IGFM: Türkei erfüllt die EU-Beitrittskriterien nicht

27.7.05

Insbesondere die Christen in Europa fragten sich, warum die Glaubensbrüder in der Türkei dauerhaft weniger Rechte genießen als die türkischen Muslime in der EU.

Frankfurt/M. (www.kath.net / igfm) Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) warnt die europäischen Regierungen vor einem zu leichtfertigen Umgang mit der Anerkennung vermeintlich erfüllter Beitrittskriterien durch die Türkei. Anlass war die Ankündigung, die Türkei habe mit der Unterzeichnung des Ankara-Protokolls, das die Zollunion mit der EU auch auf Zypern ausdehnt, die Bedingungen für die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen erfüllt.

In den letzten Monaten habe die türkische Regierung zwar die von der EU als Vorbedingung für Beitrittsverhandlungen geforderten Gesetze geschaffen, aber es an der Umsetzung und Verwirklichung früherer Zusicherungen und Vereinbarungen weiter fehlen lassen, sagt die IGFM. Insbesondere die Christen in Europa könnten nicht verstehen, warum die Glaubensbrüder in der Türkei dauerhaft weniger Rechte genießen als die türkischen Muslime in der EU und die europäischen Staatshäupter nicht nachsetzen. Nur wenn die türkische Regierung einen Vorteil erwarte, reagiere sie sensibel. Daher solle der Beginn der Verhandlungen verschoben werden, so die IGFM. Die Lage der Christen habe sich nicht verbessert, die seit Jahrzehnten geschlossenen theologischen Lehranstalten der griechisch-orthodoxen und der armenischen Kirche seien trotz Zusage nicht geöffnet worden, die enteigneten Immobilien armenischer und griechischer Christen, darunter das griechisch-orthodoxe Waisenhaus auf der Insel Büyükkada nahe Istanbul, nicht zurückgegeben worden.

Tur Abdin: Christen noch immer nicht sicher vor Verfolgung

In den Tur Abdin zurückkehrende ehemals geflohene oder vertriebene Christen seien immer noch nicht sicher. Im Gegenteil werfe die sture Verweigerung einer freien öffentlichen Diskussion über den Völkermord während des I. Weltkrieges an Armeniern und Syro-Aramäern ein bezeichnendes Licht auf den Willen der türkischen Regierung, den christlichen armenischen und assyrischen Mitbürgern ein strafloses Gedenken zu ermöglichen, erklärte Karl Hafen, Geschäftsführender Vorsitzender der IGFM.

Die IGFM hält es für gutgläubig zu hoffen, dass die Türkei im Zuge von Beitrittsverhandlungen eher auf die EU zugehen werde. Im Gegenteil sei zu befürchten, dass die türkische Regierung die Verhandlungen über ihr unangenehme Themen so lange hinauszögere, dass die EU letztendlich auf ihre Erfüllung verzichte, wie es im Falle der Abstriche an den Kopenhagener Kriterien der Fall war. Aber gerade in der Frage der Religionsfreiheit dürfe es nach Auffassung der IGFM keine Kompromisse geben.

Es könne nicht sein, dass die Durchsetzung jedes Gesetzesfortschritts letztendlich im Klageverfahren vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof erkämpft werden müsse. Immer noch ergehe nahezu jede Woche ein Urteil gegen die Türkei vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof.

Insbesondere die Verweigerung einer in Europa gepflegten Gedenkkultur für schwerste Verbrechen in der Vergangenheit beweise den weiten Abstand zu europäischen Mindeststandards in der praktischen Realität.

Unterschriftenliste im Internet

Die IGFM hat sich daher an Erweiterungskommissar Rehn gewandt, die Verhandlungen am 3. Oktober nicht zu beginnen. Die Türkei müsse erst deutlichere Zeichen der Verständigung mit den Christen und den Kirchen in der Türkei aussenden. In ihrem Appell deutet die IGFM an, dass eine Aussetzung des Termins zu weiterem Druck auf die Christen in der Türkei führen könne, jedoch hätte die Akzeptanz einer schleichenden Aushöhlung der Menschenrechte durch Duldung von in der Türkei aufgestellten Regeln unabsehbare Folgen für die Achtung der Menschenrechte in Europa schlechthin. Die IGFM bietet den Appell unter <http://www.igfm.de/> als Unterschriftenliste an.

TÜRKEI

Tod in der Kirche

Die Christen sind eine verschwindende Minderheit im islamisch geprägten Land. Der Mord an einem Priester zeigt, dass ihre Lage prekär geworden ist.

DER SPIEGEL 1 5/2 0 0 6,120-121

In sich versunken schaukelt Pater Pierre Brunissen im Nachtbus entlang der Schwarzmeerküste von Samsun nach Trabzon. Es gibt fröhlichere Umstände, dem Herrn zu dienen, er soll einen Amtsbruder vertreten, Pater Andrea Santoro ist vor kurzem in seiner Kirche ermordet worden. Es gibt auch fröhlichere Orte, die "Botschaft zu verkünden, als Trabzon, wo unter 250 000 Muslimen kaum noch ein Dutzend Christen leben.

Das düstere Pfarrhaus strahlt Verlassenheit aus, im Besucherzimmer staubt ein Plastikbäumchen vom Weihnachtsfest vor sich hin. Ein freiwilliger Nachfolger für den getöteten Pater fand sich noch nicht. So erhielt der 75-jährige Pater Pierre den Auftrag, einmal im Monat etwa 250 Kilometer per Bus von Samsun nach Trabzon zu fahren, um nach dem Rechten zu sehen.

Die katholische Santa-Maria-Kirche haben Kapuzinermönche vor 150 Jahren gegründet. Santoro ließ das Gotteshaus restaurieren, farbenfrohe Ornamente und Heiligenbilder schmücken wieder Decken und Wände. In der hintersten Kirchenbank kniete der Pater Anfang Februar im Gebet, als ihn zwei Schüsse trafen, der erste Schuss durchschlug die Lunge, der zweite ging mitten ins Herz. Im dunklen Holzkann man noch die Absplinterung sehen, die eine der Kugeln verursachte.

Heute soll die erste Messe seit Santoros Ermordung gefeiert werden, doch die Kirchenglocken bleiben stumm. „Wen soll ich denn hier mit den Glocken herbeirufen?“, fragt Pater Pierre. Die Christen sind eine winzige geduldete Minderheit in der zu 99 Prozent muslimischen Türkei, **und der katholische Geistliche hält es offenbar für klüger, nicht aufzufallen. Seinen Gemeindemitgliedern in Samsun rät er, keine Glaubenszeichen sichtbar zu tragen, kein Kreuz über Bluse oder Hemd.**

„Wir haben nichts gegen Christen“, sagt der Bürgermeister von Trabzon, Volkan Canalioglu.

„Im Gegenteil, wir hegen Respekt für andere Religionen, schließlich ist die Türkei Heimat vieler Kulturen.“ Sein Amtszimmer schmückt eine riesige türkische Fahne, er ist Mitglied in der von Atatürk begründeten Republikanischen Volkspartei CHP, die das laizistische Erbe des Staatengründers hochhält. „Sie werden niemanden in Trabzon finden, der diese schreckliche Tat gutheißt.“

Auch der Vizepräsident des örtlichen Fußballclubs Trabzonspor gibt sich betrübt. „Als der Mord passierte, spielten wir gerade in Ankara. Doch wir konnten uns über unseren Sieg dort gar nicht richtig freuen“, sagt Hasim Sayitoglu. „Schlagzeilen über Priesterorde sind nicht gut für Trabzon und auch nicht für uns.“ Seit 20 Jahren versucht der einst erfolgreiche Provinzclub, den Istanbulern wieder den Rang abzulaufen. Sayitoglu wuchs nicht weit von der Santa-Maria-Kirche auf, er kennt allerdings keinen einzigen Christen.

Auf ihr byzantinisches Erbe legt die alte Handelsstadt Trabion, die sich auch im Tourismus behaupten will, eigentlich großen Wert. Zahlreiche Kirchen und Klöster aus den Jahrhunderten der oströmischen Christenherrschaft gibt es zu besichtigen, auch wenn die meisten von ihnen in Moscheen umgewandelt wurden. **Beim großen „Bevölkerungsaustausch“ 1923 zwischen der Türkei und Griechenland waren nahezu 1,5 Millionen orthodoxe Christen aus Kleinasien verbannt worden, für sie kamen 356 000 Muslime aus Griechenland. Durch Massenmorde und Vertreibung der Armenier im Ersten Weltkrieg hatte das Land schon fast eine Million Christen verloren. Es entstand ein so gut wie rein muslimischer Staat.**

Im Land gibt es heute nur noch etwa 100000 Christen. Ihr Status ist einer der Gradmesser für die Europa-Eignung der Türkei. Deshalb kam der Priestermord der islamisch verwurzelten Regierung in Ankara besonders ungelegen. Sie will die Türkei als tolerant und weltoffen präsentieren. „Die Schüsse zielten nicht nur auf Santoro, sondern auch auf die Atmosphäre der Stabilität, die die Türkei genießt“, sagt Innenminister Abdülkadir Aksu. Außenminister Abdullah Gül bezeichnet die Blut-tat als einen „isolierten Einzelfall“.

Die Einzelfälle nehmen aber zu.

Kürzlich ging ein junger Mann im Mittelmeerstädtchen Mersin mit einem Kebab-Messer auf einen Mönch und einen Priester im katholischen Kloster los. „Wir sind hier nicht mehr sicher“, sagt der Apostolische Vikar für Anatolien, Luigi Padovese. „Mersin galt bisher als eine unserer ruhigsten Gemeinden.“ Der Bischof reist nur noch mit Leibwächtern, die ihm das Innenministerium regelrecht aufdrängt.

Kurz nach dem Mord in Trabzon attackierten nationalistische Jugendliche den **katholischen** Priester von Izmir. Sie packten ihn an der Gurgel und schrien „Wir bringen dich um!“ und „Allahu akbar! Gott ist groß“. Mit knapper Not konnte er sich in Sicherheit bringen. Danach wurden in Izmir, wie auch in anderen Orten zuvor, Polizisten vor der Kirche postiert.

Die christlichen Minderheiten hatten gehofft, dass die Reformen der Regierung Tayyip Erdogans, um der EU willen, nicht nur zu einigen Verbesserungen, sondern zu vollständiger Religionsfreiheit führen würden. Zwar dürfen die Christen ihren Glauben frei praktizieren, aber ihre Kirchen sind vielfach praktisch rechtlos und haben oft keinen Anspruch auf ihre Besitztümer.

Als Bischof Padovese um Arbeitserlaubnis für zwei kirchliche Mitarbeiter in Trabzon nachsuchte, schickte ihm das Innenministerium einen abschlägigen Bescheid: Es gebe keine katholische Kirche in der Türkei, da könne sie auch keine An-träge stellen. „Das ist das Paradox“, so Padovese. „Wir sind da, aber juristisch existieren wir nicht.“ Erst seit kurzem können Pfarrer, die bisher in der Regel als „Konsularmitarbeiter“ geführt wurden, sich in ihrem eigentlichen Beruf melden lassen.

„Der Grundwasserspiegel antichristlicher Stimmung ist gestiegen“, sagt Felix Körner. Den deutschen Jesuiten hat der Vatikan für den christlich-islamischen Dia-log nach Ankara entsandt. Dass die Türkei Aufnahme in die EU sucht, rufe nationalistische Gegenreaktionen hervor, sagt Körner. „Selbst in gebildeten Kreisen heißt es, die Einheit der Türkei und die nationale Souveränität seien in Gefahr.“

So kursierten seit einiger Zeit auch wieder Verschwörungstheorien, die in islamischen Ländern in Krisenzeiten immer im Umlauf sind. Da kann es passieren, dass ein Christ, der das Neue Testament verteilt, zusammen-geschlagen wird. Die staatliche Religionsbehörde verteilte im vergangenen Jahr eine Predigt gegen Missionare, in der gegen „moderne Kreuzzüge“ gewettert wird, die das Ziel hätten, „unseren jungen Leuten den islamischen Glauben zu stehlen“.

Priestern wird mitunter nachgesagt, sie verführten in ihren Kirchen Frauen oder leiteten Jugendliche zu sündigem Tun an. Pater Pierre führte vier erfolgreiche Prozesse gegen die üble Nachrede, er schaue mit Jugendlichen regelmäßig Pornofilme an. Um sich zu schützen, unterhält er nun beste Beziehungen zur türkischen Hierarchie, er besucht regelmäßig den Polizeichef, den Gouverneur und den Mufti. „Das hilft“, sagt er.

Als mutmaßlicher Mörder Andrea Santoros sitzt der 16-jährige Oguz unter höchster Sicherheitsstufe im Gefängnis von Trabzon. Vier Leibwächter sollen verhindern, dass sich der Junge selbst etwas antut oder von anderen zum Schweigen gebracht wird. Er verweigert jede Aussage.

Wollte er wirklich die Schmach der Muslime rächen, die ihren Propheten im Karikaturenstreit beleidigt sahen, wie seine Familie behauptet? Oder hatte die Mafia ihre Hand im Spiel, die sich daran störte, dass in der Kirche russische Prostituierte Zu-flucht fanden? Vielleicht war der offenbar einzelgängerische Junge auch ein gefügiges Werkzeug nationalistischer Extremisten.

Der Junge ging aufs Gymnasium, er wird von seiner Familie als „in letzter Zeit sehr religiös“ beschrieben. „Er betete fünfmal am Tag“, so sein Bruder Alpaznar. Sein Vater, der ein Dentallabor in Trabzon betreibt, will erst durch seinen Sohn vom Streit um die Mohammed-Karikaturen erfahren haben. „Er war sehr aufgebracht, doch ich sagte ihm, das seien nicht seine Angelegenheiten.“

Der Vater, blass und kahlköpfig, springt immer wieder von seinem Stuhl auf. Nervös reibt er sich die Hände. Er hat kein Foto von seinem Sohn, er zeigt einen Zeitungsausschnitt. „Es tut mir leid für das Kind“, sagt er, als sei das nicht sein Kind.

Die meiste Zeit verbrachte der Junge offenbar in einem Internet-Cafe in einem kleinen Einkaufszentrum der Innenstadt. „Er liebte vor allem Strategiespiele“, erzählt der Besitzer Şenol Şahin. In letzter Zeit sei der Junge sehr aggressiv gewesen. „Er schickte mir E-Mails, in denen er mich wüst

beschimpfte. Ich habe ihm dafür so-gar eine runtergehauen." Şahin hält den Jungen für „leicht beeinflussbar“.

Am Morgen der Tat soll er von irgend-woher nach Hause zurückgekommen sein und gefragt haben, wo die Santa-Maria-Kirche liege. Dann sei er mit seinem kleinen Bruder losgezogen, sagt der Vater. Der Mörder muss sich gut ausgekannt haben, denn der Kirchhof, den man überqueren muss, liegt inmitten von Wohnblocks und ist von einem halben Dutzend Wohnungen gut einsehbar. über Fensterscheiben ist die türkische Fahne gespannt.

Die junge italienische Haushälterin des Paters, aufgeschreckt durch die Schüsse, will noch eine Silhouette gesehen haben — die eines Mannes, nicht eines Jungen.

Einen Monat lang blieb die Kirche geschlossen. Inzwischen hat Bischof Padovese zwei Laienhelfer und einen polnischen Aushilfspfarrer nach Trabzon geschickt, damit die Kirche wenigstens zwei-, dreimal pro Woche offen steht für die paar Christen, die noch in Trabzon leben.

ANNETTE GROSSBONGARDT

Türkei:

Erst die Christen vertreiben, dann in die EU?

Wir sind empört! Scheinheiliger geht es nicht!

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) fordert den EU-Ministerrat auf, angesichts der negativen Entwicklung in der Türkei eine deutliche Klärung der Vorgänge in der Türkei zu verlangen und konsequent auf der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien zu bestehen. Von der türkischen Regierung fordert die IGFM als Zeichen, dass sie es ernst meint mit ihren Versprechen, die Religionsfreiheit zu achten, die Öffnung des griechisch-orthodoxen Theologieseminars auf der türkischen „Prinzeninsel“ Heybeliada (Chalki) bis zum 3. Oktober 2006.

IGFM - Internationale Gesellschaft für Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V., Borsigallee 9, 60388

Frankfurt/Main Nr. 5

August/September 2006,1

Nahezu unbeachtet von den europäischen Medien hat die rechtsgerichtete türkische Organisation „Graue Wölfe“ nach eigenen Angaben 2,5 Millionen Unterschriften zur Vertreibung des orthodoxen Patriarchats aus Istanbul gesammelt. Der Vorsitzende der Grauen Wölfe Kemal Kerimdjij erklärte im Juli 2006 gegenüber einer zypriotischen Zeitung: „In zwei Jahren wird es uns gelingen, das Patriarchat zu schließen. Wir wollen seine Anwesenheit auf unserem Territorium nicht.“ Während der türkische Ministerpräsident Erdogan in einer parlamentarischen Versammlung des Europäischen Rates Mitte des Jahres noch vor einer zunehmenden Islam- und Fremdenfeindlichkeit in der Welt warnte, in der „wir Muslime uns immer stärker belagert fühlen“, stellte der in Istanbul residierende Patriarch Bartholomäus I., Ehrenoberhaupt 250 Millionen orthodoxer Christen, fest, dass sich die Situation der Christen „vom Schlechten zum Schlechteren“ wende.

Nach türkischem Recht muß der griechisch-orthodoxe Patriarch wie prinzipiell alle anderen Geistlichen die türkische Staatsangehörigkeit besitzen. Bei der geringen Zahl der in der Türkei verbliebenen griechisch-orthodoxen Christen wird es zunehmend schwieriger, geeignete türkische Persönlichkeiten als Nachfolger für das hohe Priesteramt zu finden. Zudem erkennt die türkische Regierung Bartholomäus I. nur als Leiter der griechisch-orthodoxen Gemeinde in der Türkei und nicht als geistliches Oberhaupt der orthodoxen Weltkirche (Ökumenisches Patriarchat) an.

Da seit der Schließung des griechisch-orthodoxen Theologenseminars 1971 kein Priester mehr ausgebildet werden konnte, steht nach dem Tod von Patriarch Bartholomäus I. zu befürchten, dass die Kirche verwaist und sich der türkische Staat an den Kirchen und an seinen über tausend Jahre zusammengetragenen Werten und Schätzen bereichert. Und nicht nur das Patriarchat hat diese Sorgen:

Weil der Priesternachwuchs fehlt und es ausländischen Pfarrern nicht erlaubt ist, in armenischen, syrisch-orthodoxen oder anderen einheimischen Kirchengemeinden tätig zu werden, sind viele Gemeinden vom Untergang, verbunden mit dem Verlust des Kircheneigentums, also auch der Immobilien, bedroht. Vergleichen wir diese Situation mit der Lage der türkischen Moscheegemeinden in Deutschland, in denen zu Hunderten islamische Geistliche aus der Türkei eingesetzt und zudem neue Moscheen gebaut werden, wird die ungleiche Rechtslage der Christen nur allzu deutlich.

Millionen türkische Bürger haben sich in Deutschland niedergelassen, darunter viele Christen, die ihre türkische Heimat nie verlassen hätten und gerne zurückkehren würden, wenn ihnen Religionsfreiheit gewährt würde. Viele dieser Flüchtlinge erhalten Sozialhilfe, aber haben keinen gesicherten Aufenthaltsstatus, sind also deutlich schlechter gestellt als die, die sich freiwillig hier niedergelassen haben und trotzdem ein Bein in der Türkei behalten haben.

Religionsfreiheit ist daher eine strikte Messlatte für ein gemeinsames Zusammenleben in Europa. Tut sich nichts in der Türkei, geht es nicht mit Europa. Mit unserer Aktion wollen wir die Diskussion über dieses Thema deutlich steigern. Wenn Sie als Mitunterzeichner der bundesweiten Presse- und Anzeigenaktion im September genannt werden möchten, spenden Sie bitte unter
Kennwort: verfolgte Christen (41)

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=14697>

Türkei: In neunzig Jahren fast christenfrei

19. September 2006, 10:46

Interview mit dem Historiker Rudolf Grulich über den geleugneten Völkermord an den armenischen Christen und den vergessenen Holocaust an Aramäern und Assyryern.

München (www.kath.net / KIN) Über die große Bedeutung der Türkei für das Christentum, den geleugneten Völkermord an den armenischen Christen und den vergessenen Holocaust an Aramäern und Assyryern sprach der Historiker Rudolf Grulich im Interview mit „Kirche in Not“, das für das Fernsehmagazin „Weitblick“ und das Radio-Magazin „Weltkirche aktuell“ produziert wurde. Professor Dr. Rudolf Grulich lehrt Mittlere und Neuere Kirchengeschichte an der Universität Gießen. Das Interview führte Michael Ragg.

Herr Professor Grulich, vor neunzig Jahren waren in der Türkei dreißig Prozent der Einwohner Christen - heute sind es nur noch 0,2 Prozent. Wie kam das?

Professor Grulich: **Das kam durch politische Ereignisse, zunächst durch den Ersten Weltkrieg, als die Osmanische Türkei den ersten Holocaust des 20. Jahrhunderts begann, und zwar 1915 mit der „Endlösung“ der Armenierfrage.** Nach dem Ersten Weltkrieg kam hinzu, dass durch den griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch, der in Wahrheit ein christlich-muslimischer Austausch gewesen ist, alle Christen Kleinasien verlassen mussten.

Es hat also im letzten Jahrhundert nirgendwo einen so großen Rückgang des Christentums gegeben, wie in der Türkei - nicht einmal in der Sowjetunion. Herr Grulich, Sie haben das Buch „Konstantinopel - ein Reiseführer für Christen“ geschrieben. Es ist aber viel mehr als ein Reiseführer, weil sie darin auch die gesamte Geschichte des Christentums in der Türkei beschreiben. Ein Kapitel nennen Sie: „Die Türkei - ein Land der Bibel“. Warum?

Grulich: Es ist uns kaum bewusst, dass das Gebiet der heutigen Türkei sehr eng mit dem Alten und Neuen Testament verbunden ist. Denken wir nur daran, dass nach dem Alten Testament die Arche Noah auf dem Berg Ararat gelandet ist. Das ist heute der höchste Berg in der Türkei. Aber auch aus der Zeit der Patriarchen haben wir enge Beziehungen: Abraham war in Haran, das heute in der Südosttürkei südlich von Edessa, dem heutigen Urfa liegt, als er den Ruf Gottes hörte, in das Land zu ziehen, „das ich dir zeigen werde“.

Und wir wissen aus der Genesis, dass auch Abrahams Sohn Isaak seine Frau in Haran geholt hat; dass Jakob am Brunnen Rachel traf und dann zweimal sieben Jahre dienen musste, ehe er Rachel bekam. Das zeigt, dass Abraham auch von Kanaan aus immer noch die Nähe zu Haran gesucht hatte. Das Neue Testament ist so sehr mit der frühen christlichen Kirche verbunden, dass Papst Johannes Paul II. einmal sagte: Wenn Palästina - er sagte nicht Israel! - das Land Jesu sei, dann sei die Türkei das Land der Kirche.

Es ist ja fast völlig vergessen, wie sehr die katholische Kirche, wie sehr das Christentum überhaupt, auf dem beruht, was in der Türkei geschehen ist ...

Grulich: Das gilt schon für das erste Jahrhundert nach Christus. Unser heutiger Name „Christen“ ist auf dem Gebiet der heutigen Türkei entstanden. Lukas schreibt in der Apostelgeschichte, dass in Antiochien, dem heutigen Antakya in der Südosttürkei, die Jünger Jesu zum ersten Mal als „Christianoi“, als Christen, bezeichnet worden sind.

Ich kann mich noch erinnern, dass es im katholischen Messbuch vor dem Zweiten Vatikanischen Konzil noch ein eigenes Fest gab „Petri Stuhlfeier zu Antiochien“. Dort residierte der erste Papst, bevor er nach Rom kam, weshalb auch das Fest „Petri Stuhlfeier zu Rom“ begangen wurde. Von Antiochien ist auch die ganze Mission des Christentums ausgegangen, denken wir an die Missionsreisen des Heiligen Paulus.

Und auch das Glaubensbekenntnis in der Form, wie es heute noch allen Christen gemeinsam ist, entstand ja auf dem Gebiet der heutigen Türkei.

Grulich: Da haben Sie vollkommen recht. Im Lateinischen Namen für dieses Glaubensbekenntnis „Nicaeno-Constantinopolitanum“ sind ja auch die Namen zweier heutiger türkischer Städte enthalten: Iznik, das alte Nizäa, und Konstantinopel, das heutige Istanbul. Im Jahr 325 ist auf dem ersten ökumenischen Konzil in Nizäa die Wesensgleichheit des Sohnes mit dem Vater definiert worden; und 381 auch für den Heiligen Geist. Neben der Bibel ist dieses große Glaubensbekenntnis das letzte, was alle christlichen Kirchen und Gemeinschaften gemeinsam haben. In diesem Jahr haben wir sogar ein kleines Jubiläum: Das Konzil 381 fand vor 1625 Jahren statt.

Vielleicht rückt die Türkei und deren christliche Geschichte den Menschen noch näher, wenn wir erwähnen, dass Maria dort gestorben ist und dass einige volkstümliche Heilige aus dieser Region stammen ...

Grulich: In der Türkei wird in der Nähe von Ephesus das Haus Mariens verehrt. Es gibt zwar auch eine alte christliche Tradition, dass Maria in Jerusalem entschlafen sei. Daran erinnert die Kirche „Dormitio Mariae“ an diese Überlieferung, aber seit dem 19. Jahrhundert, seit den Ausgrabungen aufgrund der Weissagungen der heute selig gesprochenen Anna Katharina Emmerick, geht man davon aus, dass Maria mit Johannes, den Christus am Kreuz seine Mutter anvertraut hat, nach Ephesus ging und dort gestorben ist.

Ein schönes Beispiel, wie viele Heilige wir aus dieser Region haben, sind die Vierzehn Nothelfer. Zehn von ihnen hätten heute einen türkischen Pass. Die heilige Barbara, die heilige Margaretha, der heilige Blasius, der heilige Christophorus und andere- sie stammen alle aus diesem Raum.

Kaiser Konstantin, der das Christentum im Römischen Reich zur Staatsreligion gemacht hat, hat das Zentrum des Reiches nach Konstantinopel, in das heutige Istanbul, verlegt. Das hat ja auch lange Bestand gehabt, bis sich Konstantinopel gegen die Angriffe muslimischer Völker nicht mehr halten konnte. Wie kam das?

Grulich: Es ist interessant, dass Konstantinopel nicht nur Hauptstadt wurde, sondern auch „das neue Rom“. Der heutige Ökumenische Patriarch der Orthodoxen Kirche hat den Titel eines Ökumenischen Patriarchen des neuen, des zweiten Roms. Konstantin hat damals versucht, Konstantinopel zu einem zweiten Rom zu machen. Nicht nur durch die vielen Kirchen, auch durch Apostelgräber. So wie das erste Rom seine Bedeutung durch die Apostelgräber hatte, sollten durch Apostelgräber des Heiligen Lukas, des Heiligen Titus, einem Apostelschüler, die Kirchen aufgewertet werden; und nicht umsonst ist Konstantin als Heiliger mit dem Beinamen „Apostelgleicher“, verehrt worden.

Tausend Jahre Bestand ist sehr lange für ein Weltreich, wenn wir bedenken, dass unser „Tausendjähriges Reich“ im 20. Jahrhundert nur zwölf Jahre bestand und selbst die Sowjetunion keine Achtzigjahrfeier erlebt hat. Bis zum Niedergang des Oströmischen Reiches 1453 fühlten sich die Kaiser in Konstantinopel als Kaiser der Römer so wie auch bis 1806 im Westen ein „Römischer“ Kaiser herrschte. Im Osten hat das Vordringen des Islams schon bald nach Mohammed gewaltig geschadet. Eigentlich hat Byzanz, das „zweite Rom“, uns Europäer im Südosten achthundert Jahre verteidigt, bis es 1453 endgültig gefallen ist.

Wir haben gesagt, dass bis ins letzte Jahrhundert dreißig Prozent der Einwohner der Türkei Christen waren. Das lässt darauf schließen, dass das Zusammenleben mit den Muslimen nicht nur negativ gewesen sein kann.

Grulich: Der Eroberer, Sultan Mehmet II., hat selber wie früher der byzantinische Kaiser einen neuen Patriarchen eingesetzt, der zunächst für alle Christen im Reich zuständig sein sollte. Später erlaubte er einen armenischen Patriarchen, der zuständig war für die armenischen Gläubigen und im Laufe der Zeit sind auch andere Religionsgemeinschaften anerkannt worden. Es gab aber doch Schikanen in vielen Provinzen des Osmanischen Reiches. Aber es ist viel zu wenig bekannt, dass vor genau 150 Jahren 1856 von Seiten der damaligen Osmanischen Regierung, sogar vom Sultan, der auch Kalif war, also Stellvertreter Mohammeds auf Erden, im Türkischen Reich Religionsfreiheit gewährt wurde. Damals hatten sich die westlichen Mächte im Krim-Krieg sehr engagiert und von der Osmanischen Regierung mit Erfolg diese Konzessionen verlangt. Das sollte Beispiel für die heutigen westlichen Regierungen sein, bei den EU-Beitrittsverhandlungen viel mehr als bisher auf die Türkei einzuwirken.

Sprechen wir über die großen Tragödien des letzten Jahrhunderts. Die größte war sicherlich das Massaker an den Armeniern. Was ist damals genau geschehen?

Grulich: Wir sehen immer nur das Jahr 1915, als am 24. April alle bedeutenden Armenier Konstantinopels, später ganz Kleinasiens und dann alle Armenier praktisch zur Vernichtung

bestimmt worden sind. Aber das ganze hatte schon Vorzeichen: Es gab bereits 1895 und 1896 Pogrome mit Zehntausenden von Toten, und für die Pogrome von 1908 und 1909 bei Adana und in ganz Kilikien muss man mit Hunderttausenden von Toten rechnen. 1915 hat dann Innenminister Talaat Pascha eine „Endlösung“ verkündet.

Es war Krieg, den westlichen Mächten waren die Hände gebunden und das mit der Türkei verbündete kaiserliche Deutschland hat monatelang nichts getan, obwohl fast alle deutschen Konsultsbeamten aus allen Konsulaten in der Türkei von Todesmärschen und Massakern berichtet haben. Als in August des Jahres 1915 die kaiserliche Regierung in Berlin höflich anfragte, was denn an den Gerüchten über die Armeniermassaker wahr sei, telegraphierte der Innenminister kurz und bündig zurück: „Die armenische Frage existiert nicht mehr“. Bis dahin waren schon die meisten Armenier umgekommen.

Das hat dann später besonders Adolf Hitler interessiert ...

Grulich: Ja, Hitler soll bei Vorhaltungen seiner Gefolgsleute, was die Weltöffentlichkeit zum Mord an den Juden sagen werde, noch vor dem Polenfeldzug gesagt haben: „Wer spricht heute noch von den Armeniern?“

Wir tun es heute und man wird noch mehr darüber sprechen müssen, denn die Türkei will ja in die Europäische Union. Sie hat aber dieses Verbrechen noch nicht aufgearbeitet. Da gibt es einen berühmten Schriftsteller, Orhan Pamuk, Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels. Er wurde vor Gericht gezerzt wegen „öffentlicher Verunglimpfung des Türkentums“, weil er auf den Völkermord an den Armeniern hingewiesen hat. Wie weit ist die Türkei mit der Aufarbeitung?

Grulich: Das lässt sich nur schwer in kurzen Worten erklären. Auf der einen Seite ist etwa der Roman von Franz Werfel „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ ins Türkische übersetzt. Ich habe in vielen Buchläden in Istanbul diesen Roman im Schaufenster gesehen. Auf die Frage an die Buchhändler: „Hatten sie deswegen schon Schwierigkeiten?“ kam meist mit einem Lächeln die Antwort: „bis jetzt noch nicht.“ In diesem Jahr ist ein türkisch-englischer Reiseführer über die Gebiete östlich von Ankara erschienen. Da wird auch über das Geschehen von 1915 gesprochen. Es wird aber verharmlost, dass es „Kollateralschäden“ im Rahmen des Krieges gewesen seien. Ich bin überzeugt, dass die Türkei dieses Thema auch aufarbeiten wird, da es Ansätze nach dem Ersten Weltkrieg gab.

Wie viele Armenier sind denn ums Leben gekommen?

Grulich: Es hat damals über zwei Millionen Armenier auf dem Gebiet der heutigen Türkei gegeben. Heute leben höchstens hunderttausend in der Türkei. Wenn man davon ausgeht, dass viele flüchten konnten, muss man trotzdem die Zahl der getöteten Armenier mit über einer Million ansetzen.

Steckten hinter dem Massaker eher religiöse oder politische Gründe?

Grulich: Es waren vielleicht nicht nur politische, sondern sogar rassistische Gründe. Die damaligen drei jungtürkischen Führer der Türkei, das Triumvirat von Enver Pascha, Cemal Pascha und Talaat Pascha, wollten das „Türkentum“ stärken – und da waren die Armenier in Anatolien und im ganzen Reich für sie ein Dorn im rassistischen Auge. Dass dieser Rassismus im Vordergrund stand, sehen wir auch daran, dass in den Anweisungen zur Deportation und Vernichtung oft von der „verfluchten Rasse“ gesprochen wurde, die man auszurotten habe; und daran, dass man auch andere nichttürkische Gruppierungen, vor allem die christlichen Aramäer und Assyrer einem Holocaust ausgeliefert hat: Sie hatten über eine halbe Million Opfer von 1915 bis 1918, von denen heute kaum noch jemand spricht – außer die Nachkommen der Opfer in Deutschland, die ja gute Kontakte zu „Kirche in Not“ haben.

Bedauerlich ist, dass die damalige türkische Führung die muslimische Karte ausgespielt hat und es gelungen ist, nichttürkische muslimische Gruppen auf ihre Seite zu bekommen, leider auch die Kurden und vor allem die Tscherkessen. Gerade diese muslimischen nichttürkischen Minderheiten haben sich bei den Massakern hervor getan.

Wie hat sich denn die folgende türkische Regierung unter Atatürk verhalten, die ja als Wegbereiter der Türkei nach Europa gilt?

Grulich: Es ist wenig bekannt, dass 1919 ein Kriegsverbecherprozess in Istanbul gegen Verantwortliche für das Armeniermassaker stattgefunden hat, in dem man die drei Rädelsführer in Abwesenheit zum Tode verurteilt hat. Damals soll Präsident Atatürk gesagt haben: Man hätte diese „Mischpoke“ schon vorher aufhängen sollen. Das heißt, er war damals auch für diesen Prozess. Natürlich stand der Prozeß in Istanbul unter dem starken Druck der Sieger. Die Engländer, die in Konstantinopel Truppen hatten, haben den Prozess durchgesetzt.

Aber es war ein türkisches Gericht, noch unter dem Sultan, das ihn geführt hat. Die Hauptkriegsverbrecher, das jungtürkische Triumvirat mit den bereits genannten Enver, Cemal und Talaat Pascha, sind in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden, weil die deutsche Regierung nach Kriegsende diese drei Verbrecher mit einem U-Boot nach Russland und von dort aus nach Berlin

gebracht hatte. Sie sind dann in Berlin zum Teil frei herum gelaufen, wie bis vor kurzem noch Herr Karadzic oder Herr Mladic in Belgrad.

Als dann Talaat Pascha von einem armenischen Studenten, der aus einem Massengrab flüchten konnte, in dem er alle Angehörigen verlor, 1921 in Berlin erschossen wurde und dieser Student vor Gericht stand, da konnten Zeugen und Fachleute Beweise vorlegen, dass es sich um Völkermord gehandelt hat und dass Talaat Pascha einer der treibenden Kräfte war. Die Türkei und auch Atatürk sind dann umgeschwenkt, als Pläne der Sieger bekannt geworden sind, die restliche Türkei völlig aufzuteilen. Atatürk hat dann später Kriegsverbrecher, die führend bei Massakern beteiligt waren, in die Regierung aufgenommen. Leider! Sie haben den Roman von Franz Werfel angesprochen „Die vierzig Tage des Musa Dagh“. Den kann man ja bei uns überall bekommen, viele kennen ihn und mancher, der sich noch näher mit den Geschehnissen beschäftigen will, könnte auf die Idee kommen, ihn jetzt zu lesen. Worum geht es da?

Grulich: Der Prager Jude Franz Werfel hat 1929 in Damaskus überlebende Armenier kennen gelernt, die zum Teil unter sehr schlechten Bedingungen in Armut und Not lebten. Er wollte damals, wie er im Vorwort des Romans sagt, „dieses unfassbare Geschehen dem Totenreich des Vergessens entreißen“. Am Musa Dagh hatten sich 1915 die Armenier gegen die Deportation gewehrt und auf den Berg zurück gezogen, wo sie sich vierzig Tage gegen die Türken verteidigten, ehe sie von einem französischen Kriegsschiff gerettet und nach Ägypten gebracht wurde. Werfel konnte mit vielen Überlebenden sprechen, hat dann später im Mechitaristen-Kloster in Wien darüber geforscht und dort auch einen Pater kennen gelernt, der am Musa Dagh beteiligt war.

Das Buch „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ ist ein historischer Roman, in dem eigentlich alles der Wirklichkeit entspricht, nur der Hauptheld des Buches ist erfunden. Deshalb läßt ihn der Autor auch am Ende des Romans umkommen. Ich habe als Student 1966 noch Dutzende Überlebende des Musa Dagh im damals noch jordanischen Jerusalem, aber auch im Libanon und Syrien getroffen und interviewt.

Der Völkermord an den Armeniern war nicht das einzige Drama, das sich in der Türkei im vergangenen Jahrhundert abgespielt hat. Das nächste war dann die Vertreibung der griechischen Bevölkerung.

Grulich: Es hat bereits während des Ersten Weltkriegs Übergriffe auf die griechische Bevölkerung des westlichen Kleinasien gegeben, aber es gab auch Griechen, die in der osmanischen Armee gekämpft haben. Das wird heute in vielen türkischen Romanen dargestellt, so etwa in dem Buch „Die Ameiseninsel“ von Yasar Kemal. Im Jahr 1919 haben die Griechen unter der königlichen Regierung die Stadt Izmir, das alte Smyrna, besetzt, und es ist leider schon am Tag der Besetzung zu furchtbaren Massakern unter der türkischen Bevölkerung gekommen.

Es sollen mehr als tausend türkische Frauen und Kinder massakriert worden sein, wie das Schweizerische Rote Kreuz feststellte. Damals erklärte auch Churchill, dass „das Recht die Fronten gewechselt habe“. Das war sicher auch ein Grund, warum die Mehrheit der türkischen Bevölkerung plötzlich gegen die Kriegsverbrecherprozesse eingestellt war. „Was sollen wir Kriegsverbrecher verurteilen, wenn die Sieger es ebenso tun?“

Griechenland hat sich damals nicht mit Izmir begnügt; sondern wollte das Byzantinische Reich aufrichten. Man sprach von der „Großen Idee“ und begann dann den Vormarsch gegen Ankara. Aber in einer neuntägigen Schlacht vor Ankara ist das griechische Heer so geschlagen worden wie später Hitler vor Moskau, und im Rückzug haben die Türken die Griechen quasi ins Meer geworfen.

Die Kriegsgegner vereinbarten dann im Frieden von Lausanne 1923 einen Bevölkerungsaustausch. In der Literatur wird davon gesprochen, dass es ein griechisch-türkischer Bevölkerungsaustausch gewesen sei, aber der Vertragstext besagt, das orthodoxe Christen aus der Republik Türkei und Muslime aus dem Königreich Griechenland jeweils in das Mutterland zurückkehren sollen. Das muss man deshalb betonen, weil die Griechen unter den schätzungsweise 400.000 Umsiedlern auch albanische Muslime, Zigeuner und slawische Muslime, sogenannte Pomaken, umgesiedelt haben und weil unter der Zahl von über einer Million umgesiedelter Griechen auch etwa 100.000 türkischsprachige Christen, die Karamanli, waren.

Eine andere christliche Minderheit hat ja länger überlebt, im Osten der Türkei. Das waren syrische Christen im Raum von Tur Abdin. Aber die sind ja auch sehr dezimiert worden im Laufe der Jahrzehnte.

Grulich: Bei den syrischen Christen mit zum Teil noch aramäischer Muttersprache muss man verschiedene christliche Kirchen unterscheiden: Nestorianer, sogenannte Monophysiten, Chaldäer, syrische Unierte und seit dem 19. Jahrhundert auch Protestanten. In der Türkei residierte bis zum

Ende des Ersten Weltkriegs sogar der Patriarch der Nestorianer, der ältesten syrischen Gruppe, im Hakkari-Gebiet. Der syrisch-orthodoxe Patriarch hatte seinen Sitz im Tur Abdin und ist erst in den Dreißigerjahren des 20. Jahrhunderts nach Damaskus umgezogen.

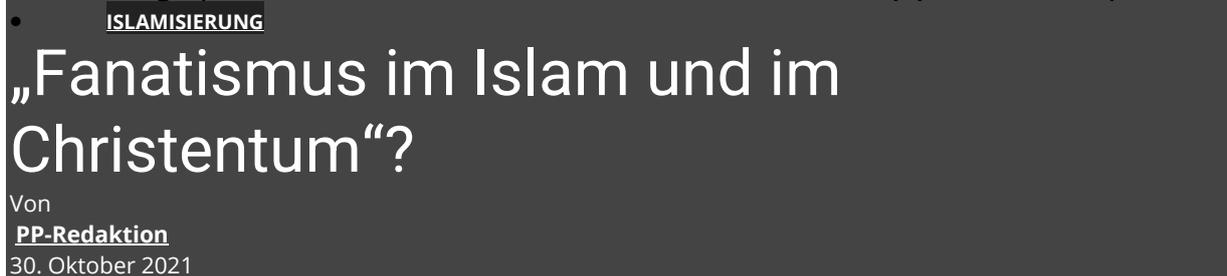
Bei beiden Gruppen gab es katholische Zweige, die sich im Laufe der Jahrhunderte wieder an Rom angeschlossen hatten. Es gab noch eine weitere christliche Gruppe, weil im 19. Jahrhundert durch anglikanische und amerikanische Missionare viele dieser Syrer protestantisch wurden. Deshalb spricht man heute gerne von Assyrern, um über die religiösen Unterschiede hinweg ein Nationalgefühl zu schaffen.

Diese syrischen Christen, die zu einem großen Teil noch die Muttersprache Jesu, Aramäisch oder Neusyrisch, gesprochen haben, sind 1915 vom Holocaust betroffen worden, doch überlebten 200.000 Christen im Südosten der Türkei. Um der Diskriminierung vor allem durch die dortigen Kurden zu entgehen, sind die meisten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ausgewandert, Zehntausende auch nach Deutschland, wo sie einen Bischof in Warburg haben. Für die Kinder dieser Christen hat „Kirche in Not“ die Kinderbibel auch in West- und Ostaramäisch herausgebracht.

Herr Professor Grulich, herzlichen Dank für das Gespräch!

<https://philosophia-perennis.com/2021/10/30/fanatismus-im-islam-und-im-christentum/>

Hinrichtung syrischer Christen durch den "Islamischen Staat" (c) Screenshot youtube



• **ISLAMISIERUNG**

„Fanatismus im Islam und im Christentum“?

Von
PP-Redaktion
30. Oktober 2021

Eine unzulässige Gleichsetzung durch Kardinal Dr. Reinhard Marx. Gastbeitrag von Reinhard Wenner

Im Blog „katholisch.de“ wurde am 18. Oktober 2021 berichtet, Kardinal Reinhard Marx, Erzbischof von München und Freising, habe bei einer interreligiösen Veranstaltung zum Monat der Weltmission in München gesagt: „Fanatismus gebe es im Islam und im Christentum“ und angemerkt, der Staat „müsse ... offen sein für alle Religionen, etwa auch in Form des islamischen Religionsunterrichts“. Weiter habe er geäußert: Auf Pfarrei-Ebene gebe es beim „Dialog der Religionen ... 'noch Luft nach oben'.“

Frage nach den Fakten

Auf Grund welcher Fakten der Kirchenmann im Blick auf „Fanatismus“ die Gleichsetzung von Islam und Christentum für richtig hält, ist nicht ersichtlich. Im Islam ist der Fanatismus im Koran grundgelegt, im Neuen Testament dagegen Fehlanzeige. Im

Koran werden Juden und Christen und alle anderen Nichtmuslime diffamiert, nämlich als verstandeslos (Suren 2,171; 2,18; 9,29; 9,127) und schlimmer als Tiere bezeichnet (Sure 8,55 f.). Der Allah des Korans selbst verflucht mehrmals Juden und Christen (Suren 4,52; 5,13; 33,64) und fordert seine Gläubigen zum Kampf gegen sie und alle anderen Ungläubigen auf (Suren 2,193; 2,216; 9,5; 8,12).

Der Allah des Korans teilt zudem mit, Menschen, die an den dreifaltigen Gott glauben, werde er in seine Hölle stecken (Suren 9,17; 98,6). Er will sogar eigens Menschen für die Hölle erschaffen haben (Sure 7,179).

Muslime, die für ihren Allah kämpfen und dabei getötet werden, gelten im Islam als Märtyrer und sollen umgehend ins Allah-Paradies kommen (Sure 4,74) – eine Art Schlaraffenland, in dem auch für jeden muslimischen Attentäter/Mörder „großäugige Huris“ mit „schwellenden Brüsten“ (Suren 56,22; 78,31 – 34) bereitstehen. Solche „Verheißungen“ dürften für einige Muslime Anlass sein, zum Selbstmord-Attentäter zu werden.

Wo aber wird im Neuen Testament über die Nichtchristen Ähnliches gesagt wie im Koran über die Nichtmuslime? Fordert etwa Jesus Christus zum Töten von Nichtchristen auf, sodass zu Recht sagt werden kann: „Fanatismus gibt es im Islam und im Christentum“?

Christliche Terrororganisationen?

Zwar gibt es hin und wieder auch fanatische Christen, aber auf welches neutestamentliche Wort können sich solche Christen für ihren Fanatismus sowie bei Gewalttaten gegen Nichtchristen berufen? Rufen solche Christen, wenn sie töten, laut zum Gott der Bibel? Wenn dagegen Muslime Terroranschläge begehen, sollen immer mal wieder „Allahuakbar“-Rufe zu hören sein.

Im Islam gibt es etliche Terror-Organisationen wie Al Nusra, Al Qaida, Al Shabaab, Boko Haram, Hamas, Hisbollah, Islamischer Staat, Muslim-Bruderschaft, Taliban – um einige zu nennen. Mir ist nicht bekannt, dass es vergleichbare Terror-Organisationen auch bei den Christen gegeben hat und gibt. Werden in der katholischen Kirche auch christliche Fanatiker, die Terroranschläge verüben und dabei zu Tode kommen, als Märtyrer verehrt?

Mit den Worten „Fanatismus im Islam und im Christentum“ wird meines Erachtens in unzulässiger und unverantwortlicher Weise die Friedensbotschaft Jesu auf eine Ebene gestellt mit den Kampfaufrufen und Verfluchungen Allahs. Auch das Christentum wird dadurch diffamiert.

Offenheit des Staates auch für schulischen Islamunterricht?

Kardinal Marx hat nach der Mitteilung im Blog „katholisch.de“ gefordert, unser Staat „müsse ... offen sein für alle

Religionen, etwa auch in Form des islamischen Religionsunterrichts“.

Jeder (demokratische) Staat, der gestattet, dass eine Religionsgemeinschaft darauf hinarbeiten kann, wesentliche Grundlagen der Verfassung wie die rechtliche Gleichheit von Mann und Frau, das Recht auf freie Wahl des Lebensstandes, des Ehepartners, der Religion abzuschaffen und sog. Ungläubige zu dhimmis (zu Menschen minderen Rechts) zu machen sowie Selbstjustiz zu üben (Sure 2,178), schaufelt sich selbst das Grab.

Lehrpläne für den Islamunterricht lassen sich grundgesetzkonform formulieren. Wer aber garantiert, dass nicht unter der Hand all die menschenrechtsfeindlichen und grundgesetzwidrigen Lehren und Befehle des Koran-Allahs ebenfalls gelehrt und gelernt werden? Bekanntlich gestattet Allah takiyya (Täuschung, Verschleierung). Im Koran wird sogar Maria, die Mutter Jesu, zum Schummeln aufgefordert (Sure 19,26).

Und was würde wohl Kardinal Marx sagen, wenn Kommunisten und Nationalsozialisten ihn ggf. bäten, ihren Antrag zu unterstützen, in den staatlichen Schulen ihre Weltanschauung zu lehren – natürlich aufgrund von Lehrbüchern, die grundgesetzkonform verfasst sind? Denn gemäß Artikel 3 Abs. 3 GG darf z.B. niemand „wegen ... seiner ... politischen Anschauungen benachteiligt ... werden“.

Keine Verletzung der Menschenrechte im Name der Glaubensfreiheit

Ein weiterer Aspekt: Bei den Azteken soll es immer wieder Menschenopfer gegeben haben. Neben dem Hauptgott Huitzilopochtli sollen weiteren 12 Göttern Menschenopfer dargebracht worden sein. Was würde seine Eminenz wohl sagen, wenn der Götterglaube der Azteken wieder Zulauf fände und Personen sich freiwillig (!) für eine Opferung an einen Azteken-Gott zur Verfügung stellten? Würden er so etwas auch als Teil der Glaubensfreiheit gemäß Art. 4 GG ansehen und verteidigen und als Vertreter der römisch-katholischen Kirche ggf. an solch einem „Menschenopfer“ teilnehmen?

Das Bundesverfassungsgericht hat schon vor über 60 Jahren mitgeteilt, dass die Glaubensfreiheit, die im Grundgesetz schrankenlos gewährleistet ist, dennoch Schranken unterworfen ist.

Im Beschluss vom 8. 11. 1960 (BVerfGE 12,1 ff., hier S. 4) heißt es:

„Jedenfalls kann sich auf die Glaubensfreiheit nicht berufen, wer die Schranken übertritt, die die allgemeine Wertordnung des Grundgesetzes errichtet hat. Das Grundgesetz hat nicht irgendeine, wie auch immer geartete freie Betätigung des Glaubens schützen wollen, sondern nur diejenige, die sich bei den heutigen Kulturvölkern auf dem Boden gewisser übereinstimmender sittlicher Grundanschauungen im Laufe der geschichtlichen Entwicklung herausgebildet hat. ... Aus dem Aufbau der grundrechtlichen Wertordnung, insbesondere der Würde der Person, ergibt sich, dass Missbrauch namentlich dann vorliegt, wenn die Würde der Person anderer verletzt wird.“

Demnach wäre es also möglich, dem Islam, der sich als Religion versteht, religiös gestattete oder religiös sogar verlangte Verhaltensweisen zu verbieten.

Wer eine Forderung für das Zusammenleben der Menschen (unterschiedlichen Glaubens) erhebt, sollte alle Konsequenzen bis zum Ende durchdenken.

Dialog mit Muslimen?

Kardinal Marx soll weiter gesagt haben, auf Pfarrei-Ebene seien mehr Dialoge zwischen Christen und Muslimen möglich. Aber was könnte Muslime veranlassen, mit Christen Gespräche zu führen, die im Koran als Lügner bezeichnet werden (Sure 37,151), als unrein gelten (Sure 9,28), die ihr Allah verflucht hat, auf die er Satane gesandt haben will (Suren 19,83; 43,36) und die für die Hölle bestimmt sind?

Muslime dürften wohl nur so lange an Gesprächen mit Christen interessiert sein, wie sie ihnen ihre Forderungskataloge präsentieren und sie zur Annahme des Islams auffordern können bzw. Christen ihnen als „Türöffner“ dienen.

Kardinal Marx erweckt den Eindruck, dass er den Koran nicht bzw. nicht sorgfältig gelesen hat und von der breiten Blutspur, die der Islam im Lauf der Geschichte verursacht hat und auch heutzutage verursacht, zu wenig weiß. Dabei ist z.B. im Jahr 2014 der „Islamische Staat“ im Irak gegen die Jesiden in so brutaler Weise vorgegangen, dass sogar von „Völkermord“ die Rede war. Die Christen sind ebenfalls nicht geschont geblieben.

Die Äußerungen des Kardinals Marx zeigen, dass es auch im kirchlichen Bereich immer wieder an der Unterscheidung der Geister mangelt.

Lesen Sie dazu auch: [„Der Islam ist derzeit weltweit die homophobste Religion“](#)

Der Berliner Theologe und Publizist David Berger (48) über das Verhältnis der Religionen zur Homosexualität.

<https://philosophia-perennis.com/2021/11/06/das-verzerre-islam-tuerkei-bild-eines-katholischen-theologen/>

Das verzerre Islam-Türkei-Bild eines katholischen Theologen

Von

PP-Redaktion

6. November 2021

Der vorliegende Bericht bezieht Stellung zu einem Interview mit Felix Körner. Der promovierte Jesuit und Islamwissenschaftler lebte von 2001-2008 in Ankara und ist derzeit Lehrstuhlinhaber für die „Theologie der Religionen“ an der Humboldt Universität Berlin. Das auf der Internetseite „katholisch. de“ am 27.10.2021 veröffentlichte Interview hat eine Überschrift, die von vornherein eine tendenziöse Berichterstattung vermuten lässt: „Christen erleben in der Türkei keine Schwierigkeiten“. Ein Gastbeitrag von Dr. Udo Hildenbrand.

Gibt es für Christen tatsächlich „keine Schwierigkeiten“ in der islamisch geprägten Türkei? Fühlen sie sich wirklich trotz „der Islamisierung des türkischen Gesellschafts-, Lebens- und Staatswesens nicht stärker eingeschränkt“? Na ja, so ganz ideal ist es offensichtlich für sie auch dort nicht. Aber doch ziemlich annähernd. Denn sie stoßen dort anscheinend auf verständnisvolle Muslime im Gegensatz zu den glaubenslosen Atheisten. Die haben halt einfach Pech, gelten sie doch als „staatsgefährdend“ – so der interviewte Professor:

„Ja, wenn einer nur irgendwas glaubt, dann hat er auch alle Rechte, aber wenn er nichts glaubt, dann ist er staatsgefährdend“.

Alle gläubigen Menschen haben also nach Information von Prof. Körner in der Türkei „alle Rechte“. Was wollt ihr bloß? Auch den Christen geht´s doch in der islamisch geprägten Türkei keineswegs so schlecht, wie ihr oft tut. Sie haben doch dort „alle Rechte“.

Dieses Interview vermittelt nahezu durchgehend den Eindruck, es handle sich um eine alte Wiedervorlage von Schönfärberei und Ausblenden gravierender Probleme im Islam in der speziellen Form der Taqiyya (= Täuschung, Verschleierung). Sie ist ja in der Religion Mohammeds um des Glaubens willen durchaus erlaubt.

Islam contra Atheismus

Mit den Worten: „Ja, das ist tatsächlich so.“ bestätigt Herr Körner die Feststellung des Interviewers, „dass eine religiös-islamisch geprägte Regierung und Gesellschaft pro Islam nicht unbedingt contra Christentum heißt, sondern eher contra Atheismus“. Seltsam! Die Bevorzugung der Christen gegenüber den Atheisten sei eine „Tradition der Muslime“, die der Professor anscheinend für besonders lobens- und erinnerungswürdig hält, wenn er sagt: Und „daran dürfen wir wirklich auch immer wieder erinnern“.

Mit dieser Bestätigung der Interviewfrage bringt er vor allem auch zum Ausdruck: Eigentlich gibt es in der Türkei mit ihrer islamisch ausgerichteten Staatsordnung nur Probleme für die staatsgefährdenden Atheisten. Jene für Christen kann man doch vernachlässigen.

Die im Islam verbreitete Anti-Haltung gegenüber dem Atheismus bzw. den Atheisten bestätigt Joachim Schroedel, ehemals in Kairo wirkender katholischer Pfarrer:

„Wer in Ägypten als Ausländer den Fehler begeht, sich selbst als Atheist zu outen, wird sehr schnell Folgen zu spüren bekommen: Ein Atheist steht für die meisten Ägypter auf der Stufe eines Tieres, das keinen Verstand hat. Manche Lehrer an den deutschen Schulen in Kairo haben schon erfahren müssen, was es heißt, sich zum Atheisten zu erklären.“

Diese Erfahrung sollten sich insbesondere jene Atheisten bei uns gut hinter die Ohren schreiben, die sich auf die Ausbreitung des Islams freuen und ihm auch noch die Wege bereiten – und damit jenen Kälbern gleichen, die ihre Schlächter selber wählen, wie ein bekanntes Sprichwort veranschaulicht.

Der interviewte Professor setzt sich zwar zumindest zaghaft für die in der Türkei nicht bestehende Bekenntnisfreiheit der Atheisten ein: „Das ist natürlich auch nicht richtig“. Gleichzeitig bagatellisiert und beschönigt er dabei jedoch die problematische rechtliche Situation der Christen sowie aller anderen gläubigen Nichtmuslime in der Türkei. Zu konzedieren ist dabei lediglich, dass die prekäre Situation der Christen in fundamental-islamisch dominierten Ländern wie z. B. in Pakistan und in den arabischen Staaten noch erheblich schwieriger ist als jene der Christen in der Türkei.

Christenverfolgung in der Türkei?

Felix Körner erweckt den Eindruck, als wolle er sagen, die Christen und alle anderen gläubigen Nichtmuslime hätten in der Türkei alle jene Rechte, die jede freiheitliche Demokratie gewährleistet. Deutlich dagegen steht allerdings die Beantwortung der im Internet am 23.10.2020 gestellten Frage: „Werden Christen in der Türkei verfolgt?“ Sie lautet:

„Die Verfolgung der Christen in der Türkei geht weiter. Während die Welt damit beschäftigt ist, COVID-19 zu bekämpfen, Massenarbeitslosigkeit und eine weltweite Rezession zu meistern, nutzt die türkische Regierung die Situation, um Minderheiten weiter zu bedrängen.“

Eine Feststellung, die diametral den Aussagen von Prof. Körner widerspricht, dessen Erfahrungen in der Türkei weit mehr als ein

Jahrzehnt zurückliegen. Er spricht auch davon, dass es in der Türkei für Christen „Einschränkungen“ gäbe, auch bzgl. „Eigenverantwortung in gewisser Weise“. Dabei beschreibt er aber nicht, was in diesem islamisch dominierten Land diesbezüglich Einschränkung und Eigenverantwortung „in gewisser Weise“ bedeuten. Und hat er nicht gerade eben gegenläufig behauptet, die Christen in der Türkei hätten „alle Rechte“?

**Keine Religionskritik, keine Bekenntnis- und Meinungsfreiheit möglich
Wie aber steht es wirklich mit der freien Religionsausübung in der Türkei, so etwa mit den Behinderungen bei Kirchenneubauten, mit der problematischen juristischen Stellung der leitenden kirchlichen Verantwortungsträger? Wie steht es mit dieser Freiheit, wenn an den türkischen Hochschulen keine christlichen Fakultäten erlaubt sind, wenn die Ausbildung von Pfarrern und Religionslehrern behindert wird und grundsätzlich nur türkische Staatsangehörige als christliche Geistliche wirken dürfen? Wie steht es mit dieser Freiheit, wenn staatliche Stellen gegen missionarische Tätigkeiten von christlichen Gemeinschaften vorgehen?**

Wie steht es insbesondere auch mit der Religionsfreiheit in der Türkei, wenn die christliche Minderheit systematisch benachteiligt wird, Christen enteignet werden und der Eindruck ihrer Marginalisierung entsteht: „Das Schicksal der christlichen Minderheit in der Türkei ist alles andere als sicher“? – so Prof. Alexander Görlach.

In diesem Zusammenhang sollen noch zwei vielsagende Ereignisse in Erinnerung gerufen werden: Gab es nicht 2016 das Verbot in einem Elite-Gymnasium in Istanbul, eine mit deutschen Steuermitteln in Millionenhöhe jährlich finanzierte Auslandsschule, das Weihnachtsfest auch mit seinen Bräuchen zu thematisieren und weihnachtliche Lieder zu singen? Wurde nicht die Teilnahme des Schulchores am traditionellen Weihnachtskonzert im deutschen Generalkonsulat unterbunden? Ferner: Was geschah eigentlich im vergangenen Jahr in Istanbul bei der Umwidmung der Hagia Sophia von einem Museum in eine Moschee, ein Ereignis, das nicht nur in der orientalischen Christenheit, sondern weltweit heftigen Protest auslöste?

Die Antworten von Prof. Körner auf die verschiedenen Fragen des Interviewers sind gekennzeichnet vom offenkundigen Bagatellisieren, wenn er etwa davon spricht, dass „im Moment atmosphärisch in der Türkei“ Religionskritik und das Werben für den Atheismus „fehlt“. Wenn aber in einem Land keine Religionskritik und kein Werben für eine Weltanschauung möglich sind und somit das Menschenrecht der Religions-, Bekenntnis- und Meinungsfreiheit nicht wahrgenommen werden kann, werden den Menschen dieses Landes existentielle Freiheitsrechte vorenthalten.

In der Schilderung dieser hochbrisanten Thematik eine derart banale Ausdrucksweise zu wählen („atmosphärisch“) und beschönigend von einer (nur) momentanen atmosphärischen Störung zu sprechen („im

Moment)), widerspricht jeglichem Bemühen um eine objektive, wahrheitsgetreue und auch von Empathie gekennzeichneten Darstellung.

Der Islam: Eine durchgehende „Toleranzgeschichte“?

In Gesprächen und Veranstaltungen mit Muslimen dürfen normalerweise die islamischen Lieblings- und Schlüsselbegriffe „Respekt“ und „Toleranz“ nicht fehlen. Bei jeder nur denkbaren Gelegenheit werden sie von Muslimen, gelegentlich auch von Nichtmuslimen serviert, so auch jüngst von der Kölner Oberbürgermeisterin im Zusammenhang mit der stark umstrittenen Genehmigung des Muezzin-Rufes.

Dabei werden Respekt und Toleranz in der Regel von Muslimen natürlich nur einseitig verstanden: Nichtmuslime haben den Muslimen Respekt zu erweisen und ihnen gegenüber tolerant zu sein. Gelegentlich wird von diesen aber auch stolz und eigenlüberich von der im Islam praktizierten Toleranz gesprochen und dabei auf die prototypischen Toleranzgeschichten „Andalusien“ und „Sultan Saladin“ verwiesen, nicht selten vehement unterstützt von islamophilen Nichtmuslimen. Natürlich wird bei bestimmten Anlässen auch die Intoleranz-Karte gezückt, vor allem wenn es um muslimische Forderungen geht.

So vergisst auch Prof. Körner in seinem Interview zumindest den Toleranzbegriff nicht und verbindet ihn mit der angeblich permanenten „Toleranzgeschichte“ des Islams, die gleichsam die gesamte Islamgeschichte bis zur heutigen Gegenwart umfasse. Man lese und staune: Die Geschichte des Islams eine „Toleranzgeschichte“! Dass die „Toleranzgeschichte“ des 15. Jahrhunderts „bis heute“ weiterwirke, darf nach Meinung des Professors nicht vergessen werden: Daran „darf man ruhig mal erinnern“. Als ob das nervende, wahrheitswidrige Gerede von der islamischen

Zwei Volltreffer auf die eigene Religionsgemeinschaft

Der Herr Professor übersteigt mit dieser Aussage von der „Toleranzgeschichte“ eindeutig die Grenze zur Geschichtsklitterung. Lag über seinen bisherigen Einlassungen bereits schon der Hauch islamischen Toleranzverhaltens, so enden seine Ausführungen im letzten Interview-Abschnitt mit dem Lobeshymnus auf die Großzügigkeit und die beinahe vorbildhafte Toleranz, die der Islam nach seiner Meinung in früheren Jahrhunderten im Blick auf die Religionsfreiheit an den Tag legte – Achtung, jetzt kommt ´s knüppeldick: Ganz im Gegensatz „zum mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Christentum. Diese Toleranz hatten wir nicht“.

Und am Interview-Ende noch einmal: Die von der Religion Mohammeds seit ihrem geschichtlichen Beginn gewährte Religionsfreiheit sei eine vorbildhafte, wenn auch „noch nicht vollkommen perfekt verwirklichte Religionsfreiheit gewesen, aber besser als das, was wir Christen damals gelebt haben“.

Da hat der Professor aber gleich zweimal einen massiv-pauschalisierenden Volltreffer gelandet – zielgenau auf seine eigene Religionsgemeinschaft. Vielleicht will er bei dieser Wertung auch noch seine vorbildhafte christliche Selbstverleugnung im Namen der Toleranz demonstrieren. Bei

seinen Schlussworten scheint er sich auf die Brust zu schlagen und ein selbstbezügliches „Mea culpa“ (= Meine Schuld) zu flüstern, ein Schuldbekennnisruf der katholischen Liturgie, der gelegentlich von Muslimen den Christen fordernd abgetrotzt wird, auch Meaculpismus genannt.

Ja, gewiss! **Welcher historisch informierte Mensch würde wohl die tiefschwarzen Flecken wie Intoleranz und Ungerechtigkeit, auch kriegerische Gewalt und vorenthaltene Religionsfreiheit in der Geschichte des Christentums leugnen? Was jedoch diesbezüglich im Raum der Christenheit einst geschah und heute geschieht, war und ist immer gegen das Lebensbeispiel und die Botschaft Jesu sowie auch gegen die christliche Lehre gerichtet – im Gegensatz zum Islam. Denn Gewalt und Intoleranz, von der alle Buchseiten der 1400-jährigen Islam-Geschichte berichten, waren und sind nachweislich immer koran- und islamkonform, auch in Übereinstimmung mit der Lebensführung Mohammeds, wie die islamischen Quellen selbst bestätigen.**

Hinzu kommt: Im Christentum liegen eindrucksvolle Schuldbekennnisse zu diesem Versagen vor. Im Islam dagegen finden sich im dicken Buch der Schuldbekennnisse nur weiße, unbeschriebene Seiten. Denn Schuldkenntnis und Schuldbekennnis im Blick auf dieses Versagen sind dieser Religion mit ihrem Dominanzcharakter und ihrer Unfähigkeit zur (Selbst-)kritik grundlegend fremd.

Mit seiner nicht nachvollziehbaren historischen Einordnung verteilt Prof. Körner gleichsam wie ein Schiedsrichter folgende Toleranzpunkte: Glanzvolle 98 für den Islam, lediglich armselig-mickrige 2 für das Christentum. Ein Schiedsrichter, der offensichtlich auf beiden Augen blind ist. Jedenfalls liegt in dieser Wertung eines katholischen Priesters und Theologen eine nicht nachvollziehbare, beinahe peinliche Überhöhung des Islams vor bei gleichzeitiger maßloser Abqualifizierung des Christentums, seiner eigenen Religion.

Begründung verschiedener Vorwürfe

Werter Herr Professor und Mitbruder! Mit ihren Aussagen verschweigen Sie historische Fakten, beschönigen das Verhalten der Muslime in der von Ihnen angezeigten Zeit (7.-15.Jahrhundert bis heute) und ignorieren dazu noch grundlegende theologische Gegebenheiten. Sie blenden schwerwiegende Probleme einfach aus wie etwa jenes der Christenverfolgung gerade auch in muslimischen Ländern.

Ihre Aussagen sind von Widersprüchlichkeit geprägt, insbesondere auch von einer Haltung der eigenen christlichen Religionsgemeinschaft gegenüber, die wütend und zugleich traurig macht – auch auf den Blog der katholischen Kirche in Deutschland „katholisch.de“, der Ihnen mit Ihren mehr als problematischen antichristlichen Ausführungen auch noch ein beachtlich großes Forum bietet.

Der Vorwurf kann Ihnen nicht erspart werden, dass Sie mit diesem Interview der islamischen Propaganda einen exzellenten Dienst erwiesen

und wie ein Sprachrohr dieser Religion fungiert haben. In neun Punkten will ich diesen schweren Vorwurf begründen:

1. Bei Ihrem Hinweis auf die für Sie offensichtlich beispielhafte und begeisternde „Toleranzgeschichte“ des Islams verschweigen Sie die kriegerischen Invasionen und Eroberungen, die Raub- und Beutezüge der Muslime vom 7. Jahrhundert an bis zur Zeit der Kreuzzugsbewegung (1095-1492 n. Chr). In nicht nur von Muslimen häufig bestaunter „Windeseile“ wurden Ursprungsländer des Christentums wie Kleinasien, Nordafrika und die Iberische Halbinsel „mit Feuer und Schwert“ dem Islam unterworfen, auch Länder des Nahen und Fernen Ostens. So konstatiert der Orientalist Hans -Peter Radatz: „In keiner anderen Religion findet sich Gewalt als Wille Gottes gegenüber Andersgläubigen, wie sie der Islam als integralen Bestandteil seiner Ideologie im Koran kodifiziert und in der historischen Praxis bestätigt hat“.

Die Kreuzzüge waren eine notwehrende und notvolle Reaktion auf die vorausgegangenen 400 Jahre andauernden kriegerischen Aggressionen und Eroberungen der muslimischen Welt. Zuvor wurde die römische Kirche mehrfach von der Ostkirche bzw. vom byzantinischen Reich um militärische Hilfe und um Beistand gebeten gegen die anstürmenden muslimischen Heere.

2. Toleranz des Islams im Zeichen des koranlegitimierte Dschihad? Ist nicht der durch die Taten Mohammeds begründete „Heilige Krieg“ ein zentrales islamisches Glaubensprinzip, einer der wichtigsten Grundpfeiler im Islam? Wie soll das eigentlich zusammengehen: Toleranz und Heiliger Krieg? Nein. Der Islam kennt keine Toleranz außer gezwungenermaßen in der Minderheit. Es fehlen ihm nämlich die Wesensmerkmale der Toleranz: Die Prinzipien der Universalität und der Gegenseitigkeit. Das Prinzip der Gegenseitigkeit ist sowohl im Christentum als auch in anderen Religionen in Form der „Goldenen Regel“ beheimatet, nicht jedoch im Islam, der nur die Einbahnstraße-Toleranz kennt.

Toleranz im Islam hieß auch in jener Zeit, die Sie, Herr Körner, in Ihrem Interview erwähnen, nach einer Aussage des Althistorikers Egon Flaig: „Duldung der Unterworfenen als Gedeimütigte und Erniedrigte“. Auch „Andalusien“ ist als vielgepriesener Hort islamischer Toleranz in Wirklichkeit nichts anderes als eine „grobe Täuschung und verlogene Geschichtsklitterung“ durch interessierte Kreise – so der Romanist Johannes Thomas. Und der nicht nur im Islam glorifizierte Sultan Saladin war alles andere als ein toleranter Mensch: Er war schlichtweg ein islamischer Gewaltherrscher. So hat auch Lessings Saladin in seiner Ringparabel „nichts von dem, was wir von dem Herrscher als historische Gestalt wissen“ (Necla Kelek, muslimische Bestseller-Autorin).

3. Allein ein Blick auf die Lage der Christen in der Türkei in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hätte Sie, Herr Körner, hindern müssen an der Formulierung Ihrer absurden These von der nahezu durchgehenden und perfekten „Toleranzgeschichte“ des Islams. Sie hätten sich dann gewiss sofort erinnert an den armenischen

Völkermord in den Jahren 1915-1917, in dem schätzungsweise „zwischen 800.000 und 1.400.000“ armenische Christen der Politik der türkischen Regierung zum Opfer fielen. Dieser Genozid wurde von zahlreichen Parlamenten, internationalen Organisationen und unabhängigen Historikern gegen den heftigen Protest Ankaras bestätigt.

Sie hätten sich desweiteren erinnert an den Austausch der muslimischen mit der christlichen Bevölkerung zwischen der Türkei und Griechenland im Jahr 1923, bei dem 1,2 Millionen Christen ihre türkische Heimat verlassen mussten. Seitdem sinkt die Zahl der Christen kontinuierlich. Nach Schätzungen leben heute nur noch zwischen 100.000-150.000 Christen in der Türkei, einem christlichen Ursprungsland, rund 0,2 Prozent der Bevölkerung. Man nennt die hier skizzierten Vorgänge auch: Entchristianisierung.

4. Nicht einmal in einem Nebensatz erwähnen Sie, Herr Körner, die Diskriminierung und Verfolgung der Millionen von Christen durch Muslime in verschiedenen islamisch beherrschten Ländern in heutiger Zeit. Intoleranz in vielfacher Potenz! Was denken wohl gerade die Christen in diesen Ländern mit ihren Diskriminierungs- und/oder Verfolgungserfahrungen, wenn sie solche mehr als vernebelnden und verharmlosenden Ausführungen aus dem Mund eines christlichen Theologen hören?

5. Darüber hinaus lassen Sie in diesem Interview unerwähnt, dass auch in der Türkei die UN-Menschenrechtserklärung von 1948 keinerlei Bedeutung hat und allein die scharia-orientierte islamische Menschenrechtserklärung von 1990 die Staats- und Werteordnung der Türkei und so auch das Leben und die Mentalität der Muslime prägt. Oder beziehen Sie möglicherweise Ihre oben zitierte Aussage, dass die gläubigen Nichtmuslime in der Türkei „alle Rechte“ hätten, auf die islamischen Menschenrechte, die allen Nichtmuslimen aber in Wahrheit keine wirkliche Freiheit gewähren, also von purer Intoleranz gegenüber der nichtmuslimischen Welt gekennzeichnet sind?

6. Gleicherweise ignorieren Sie das Faktum, dass sich Christen niemals auf Jesus Christus und seine Botschaft berufen konnten/können, wenn sie ungerechte Gewalt ausüb(t)en, Muslime jedoch nach den Anordnungen ihres Stifters Mohammed bzw. nach ihrer Urschrift, dem Koran, aufgefordert und sogar verpflichtet sind, ggf. mit Gewalt den Herrschaftsbereich der Religion Mohammeds auszubreiten.

7. In nicht nachvollziehbarer Weise disqualifizieren Sie – wohl auch wider besseres Wissen – Ihre eigene christliche Glaubensgemeinschaft durch Ihre einseitige, pauschalisierende, vor allem auch nicht der geschichtlichen Wahrheit entsprechenden Beurteilung. Es ist eigentlich nicht vorstellbar, dass Sie die historischen Fakten nicht kennen. Oder sind Ihre gelegentlich hin und her schwappenden Einlassungen möglicherweise der speziellen Interview-Situation geschuldet?

8. Die Behauptungen über die Türkei in Ihrem Interview-Text sind gekennzeichnet durch eklatante Widersprüche, die wie folgt zusammengefasst werden können: Positiv stellen Sie fest: Es gibt dort (auch für Christen) „*alle Rechte*“ und „*keine Schwierigkeiten*“. Dabei ist die Geschichte des Islams – so auch der Türkei – eine „*Toleranzgeschichte*“, in der die Religionsfreiheit nahezu „*vollkommen perfekt*“ verwirklicht wurde.

Andererseits werden nach Ihren Aussagen in der Türkei Religionskritik und das Werben für atheistische Weltanschauungen verwehrt und die Rechte eingeschränkt. Es gibt die Ungleichbehandlung von Christen und Atheisten. Auch ist keine konstruktive Zusammenarbeit des Staates mit den Religionen festzustellen. *Der „Staat macht sich Sorgen, das es noch andere Kräfte in der Gesellschaft gibt und will mit ihnen nichts zu tun haben.“* Er hat sogar auch „*Furcht vor den Religionen*“. Die Türkei ist insgesamt eine „*Gesellschaft der Angst*“ und gekennzeichnet durch den Prozess der Islamisierung, (der immer mit dem angstausslösenden Prozess der Verdrängung aller anderen Religionen und Weltanschauungen verbunden ist).

9. Der Hinweis Ihres muslimischen Freundes, eines Theologen, die Türkei sei eine „*Gesellschaft der Angst geworden*“, war für Sie in diesem Interview kein Anlass zum vertieften Hinterfragen der Gründe dieser belasteten gesellschaftlichen Situation in diesem islamischen Land. Die Angst der auch dort benachteiligten und diskriminierten Christen und aller Nichtmuslime scheint Sie nicht allzu sehr zu interessieren.

Verharmlosen, Verschweigen und Verdrehen, Täuschen, Ignorieren und Pauschalisieren mit einseitiger Abqualifizierung der Christen u.a.m. sind seit langen Jahren typische Kennzeichen auch des christlich-islamischen Dialogs mit seinen weithin frustrierenden Negativerfahrungen. Kein Deut hat sich aufgrund dieser Dialogveranstaltungen nach langen Jahrzehnten für die (bedrängten) Christen geändert und verbessert, weder bei uns noch insbesondere in den islamischen Ländern. Ganz im Gegenteil. Das Wörtchen „Dialog“ bewerten Sie, Herr Prof. Körner, zu Recht als ein „wichtiges und schönes Wort“. Doch im Zusammenhang mit dem Islam ist es wohl viel eher ein belastetes Wort. In welchen islamischen Ländern wird denn eigentlich zu christlich-islamischen Dialogveranstaltungen auch auf „unteren Ebenen“ eingeladen? In welchen gibt es eine staatliche „Christenkonferenz“ analog der deutschen „Islamkonferenz“? Etwa in der Türkei?

Entwicklungen, Veränderungen innerhalb des Islams, der weltweit zweitgrößten Religionsgemeinschaft mit ihren unterschiedlichen Konfessionen, sind für das künftige Miteinander der Menschen weltweit lebensnotwendig. Denn ein menschenwürdiges Zusammenleben der Menschen unterschiedlichen Glaubens, unterschiedlicher Weltanschauung in den einzelnen Gesellschaften kann nur gelingen, wenn das „Nicht-Aggressionsprinzip“ unter ihnen gewahrt wird. Diese genannten Entwicklungen und Veränderungen werden auch von einer – wenn auch nur verschwindend kleinen – Minderheit reformbewusster liberaler und

säkularer Muslime nachdrücklich vom orthodoxen Mainstream-Islam angefordert.

Durch die anbietenden Verhaltensweisen auch christlicher Theologen werden diese notwendigen Reformprozesse innerhalb des Islams mit Sicherheit durchkreuzt und verhindert – wie leider auch von Ihnen, Herr Prof. Körner, in diesem Interview.

Welche anderen Märchen erzählen Sie eigentlich noch in Ihren Vorlesungen, Vorträgen und Veröffentlichungen über den Islam, auch über unsere gemeinsame christliche Religion?

Ps. Während ich diesen Artikel schreibe, lese ich auf der aktuellen Internetseite von „Philosophiaperennis“ nebeneinander folgende Überschriften zu Berichten, die mit ihren unterschiedlichen islambezogenen Problemfeldern die hier vorgelegten Ausführungen anschaulich belegen können:

„Dschihadistischer Völkermord an Christen in Nigeria verschärft sich“

„Köln, die zarteste Unterwerfung, seit es den Islam gibt“
„Fanatismus im Islam und im Christentum?“

<https://www.welt.de/regionales/nrw/article243400919/Zuwanderung-Tuerkische-Extremisten-hetzen-hierzulande-und-daran-muessen-wir-uns-gewoehnen.html>

Türkische Extremisten hetzen hierzulande – und daran müssen wir uns gewöhnen

Stand: 24.01.2023 | Lesedauer: 4 Minuten

Von Till-R. Stoldt

Politik-Redakteur

Jüngst rief ein AKP-Politiker im rheinischen Neuss offenbar zur Gewalt auf. Doch über aller Bestürzung sollten wir eine Einsicht nicht länger verdrängen: Solche Einmischungen des Auslands sind der Preis der Zuwanderung.

Sie hetzen wieder. Vergangene Woche trat ein Abgeordneter der türkischen Regierungspartei AKP in einer Moschee im rheinischen Neuss auf – und stachelte seine Zuhörer zum Hass, wenn nicht gar zur Gewalt an. In der Moschee, die zum Netzwerk der türkisch-rechtsextremen „Grauen Wölfe“ gehört, forderte AKP-Mann Mustafa Acikgöz, gleich zwei Bevölkerungsgruppen zu vernichten: Kurden, die der PKK angehören. Und Anhänger der muslimischen Gülen-Bewegung, die von Präsident Recep Tayyip Erdogan bezichtigt wird, 2016 den Putschversuch gegen seine Regierung initiiert zu haben. „Genauso wie wir ihnen kein Lebensrecht in der Türkei geben, werden wir es ihnen auch in Deutschland nicht geben“, ereiferte sich Acikgöz.

Die einen seien „gottlose Feinde der Religion“, die anderen eine „Terrororganisation, die den muslimischen Glauben christianisieren will“ (Schlimmeres lässt sich über eine Religionsgemeinschaft offenbar kaum sagen – in den Augen von AKP-Politikern). Und weiter: „Mit Allahs Erlaubnis werden wir sie überall auf der Welt aus den Löchern, in die sie sich verkrochen haben, herausziehen und vernichten.“

Der Auftritt diente der Werbung für Präsident Erdogan und seine AKP. Im Juni wird in der Türkei gewählt. Wie schon bei früheren Wahlen, so beginnen Erdogans Trommler nun wieder durch deutsche Lande zu ziehen, um hiesige Türken zu gewinnen. Offenbar kommt solch geballter Hass bei manchen an. Weil die meisten bundesrepublikanischen Türken nun mal in NRW leben, hätte die Politik gerade in NRW solchem Treiben mit massivem Widerstand begegnen müssen. Immerhin können Kommunen und Land Veranstaltungen und Auftritte von Rednern mit derartigem Hetzpotenzial verbieten.

Doch es kam anders. Der Neusser SPD-Bürgermeister wand sich hin und her, anstatt die Grauen Wölfe auch nur eindeutig zu verurteilen. Auch die NRW-CDU, selbsterklärte Partei der inneren Sicherheit, schwieg. All ihre sonst so scharfkantigen Innenpolitiker hatten zufällig nichts mitbekommen. Das erinnerte an die NRW-CDU unter Armin Laschet, der ein Meister des halbierten Antifaschismus war: Stets verkündete er, „der Feind“ stehe „rechts“. Doch das galt nur für Rechtsradikale mit deutschen Vorfahren. Bei den türkischen Grauen Wölfen dagegen, laut Verfassungsschutz die größte rechtsextreme Vereinigung auf deutschem Boden, wollte er es nicht so genau wissen. Von diesem traurigen Versuch, rechtsradikale Türkeistämmige an die Union zu binden, hat sich die NRW-CDU noch immer nicht befreit.

Doch zum Glück gibt es die Grünen: Von Außenministerin Annalena Baerbock über die syrischstämmige Bundestagsabgeordnete Lamyia Kaddor bis zur NRW-Landtagsvizepräsidentin Berivan Aymaz hagelte es Kritik und Warnungen: Baerbock lud türkische Botschaftsvertreter zum Gespräch und drängte, dergleichen dürfe sich nie mehr wiederholen. Und Aymaz forderte, „wer unseren gesellschaftlichen Frieden und die öffentliche Sicherheit gefährdet, muss mit rechtsstaatlichen Konsequenzen rechnen“. Und siehe da: Staatsanwaltschaft und Staatsschutz begannen inzwischen zu ermitteln. Schön.

Eine grundsätzliche Frage fiel angesichts der Begeisterung über den resoluten Grünen-Kurs jedoch unter den Tisch: Darf man sich darüber wundern, dass ein türkischer Autokrat in Deutschland trommeln lässt? Ist das nicht ganz normal angesichts von rund drei Millionen Türkeistämmigen hierzulande, davon etwa die Hälfte türkische Staatsbürger? Und umgekehrt: Ist es nicht naiv zu glauben, man könne diese wahlberechtigten Türken und ihr Stammland, den großen Bezugspunkt ihrer Herzen, voneinander trennen? Wie könnte die türkische Politik (insbesondere in ihrer islamistischen und nationalistischen Variante) denn darauf verzichten, die „Brüder und Schwestern“ in Deutschland einzuspannen? Wie könnte sie entscheiden, diesen Machtfaktor nicht zu nutzen?

Die Bundesregierung müsste schon schwerstes Geschütz auffahren, um die AKPisten und Rechtsextremisten davon abzuhalten. Ob sie dazu aber bereit sein wird, das bezweifeln Kommentatoren in türkischen Medien geradezu höhnisch. Denn dazu, so der Tenor türkischer Medien, sei die Abhängigkeit Deutschlands von der Türkei viel zu groß.

Woran wir uns gewöhnen müssen

Natürlich muss der deutsche Staat rigoros einschreiten, wenn ausländische Politiker bei uns zu Straftaten auffordern und ganze Bevölkerungsgruppen zu „vernichten“ verlangen. Vor allem aber sollten wir uns daran gewöhnen, dass sich solche Szenen wiederholen werden – und je größer die Gruppe der türkischen Staatsbürger hierzulande ist, umso öfter.

Ja, unbestritten, Zuwanderung kann anregende Vielfalt und Arbeitskräfte bescheren. Aber: Sie sorgt auch dafür, dass die Regierungen der Herkunftsländer einen Fuß in unsere Tür bekommen. Zuwanderung hat einen Preis.

https://jihadwatch.org/2025/01/turkish-authorities-abandon-investigation-of-plot-to-kill-members-of-small-protestant-group?utm_source=rss&utm_medium=rss&utm_campaign=turkish-authorities-abandon-investigation-of-plot-to-kill-members-of-small-protestant-group

Türkische Behörden stellen Ermittlungen zu Verschwörung zur Ermordung von Mitgliedern einer kleinen protestantischen Gruppe ein

16. Januar 2025 11:00 von [Christine Douglass-Williams](#) [6 Kommentare](#)

Während alle Augen auf Israel und in zweiter Linie auf westliche freie Gesellschaften gerichtet sind, um Gründe zu finden (oder Gründe zu erfinden), um sie zu verurteilen und zu verleumden, wird den islamischen Ländern ein Freilos gewährt, um Ungläubige im Namen des Islam zu missbrauchen. Sogar die Westler selbst wenden die gleichen ungerechten Maßstäbe an.

Da Christen in der Provinz Malatya in der Türkei gejagt werden, ist das Gefühl, das dies rechtfertigt, einfach und direkt: *"Es gibt Missionare in Malatya. Das ist nicht gut für die Heimat."*

Im Jahr 2022 [berichtete](#) International Christian Concern über eine Gruppe von Ultranationalisten, die es auf Christen in der Provinz Malatya abgesehen hatten, aber wie sich herausstellte, hatten die Angriffe viel tiefere staatliche Wurzeln.

Die Verfolgung und Ermordung von Christen geht in der Türkei weiter: Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit Morden im Jahr 2007 "enthüllten, dass sie von der Abteilung für nationale Strategien und Operationen der Türkei orchestriert wurden". Letztere "spielten eine entscheidende Rolle bei der Orchestrierung einer landesweiten Kampagne gegen Christen und schürten absichtlich die Angst, dass Christen versuchen, die Türkei durch Missionsarbeit zu übernehmen".

Im Jahr 2019 [erklärte](#) ein christlicher Evangelist am Tag, nachdem ein anderer Evangelist erstochen worden war:

"Wir bekommen immer Drohungen. Ein Bruder prophezeite vor ein paar Tagen, dass sie (die Regierung) diese Ausländer rausschmeißen und wahrscheinlich ein paar türkische Brüder töten werden. Sie werden Chaos anrichten. Sie wissen, dass ich versuche, das Evangelium zu verbreiten, also könnten sie auch mich ins Visier nehmen. Das könnte ein Zeichen sein."

Im Jahr 2021 veröffentlichte Newsweek einen Artikel mit dem Titel "[Die Christen in der Türkei werden immer gefährlicher verfolgt](#)"; Das Nationale Katholische Register veröffentlichte im Mai 2024 ein Exposé mit dem Titel "[Die schwindenden Christen der Türkei: Ein 60-jähriges Vermächtnis der Vertreibung und Verleugnung](#)".

"Türkischer Geheimdienst rekrutierte rechtsextreme Figur, um christliche Pastoren in der Türkei zu ermorden", von Abdullah Bozkurt, [Nordic Monitor](#), 15. Januar 2025:

Die türkischen Behörden haben die Ermittlungen zu einem angeblichen Komplott eingestellt, bei dem eine ultranationalistische türkische Figur von Elementen der Geheimdienste des Landes rekrutiert werden sollte.

Die Person wurde als Attentäter angeheuert, um Mitglieder eines kleinen protestantischen Netzwerks in der südöstlichen Provinz Malatya ins Visier zu nehmen. Kritiker vermuten, dass die islamistische Regierung von Präsident Recep Tayyip Erdogan, die eine erhebliche Kontrolle über die Justiz ausübt, das Ergebnis beeinflussen könnte.

Die Verschwörung flog auf, als der angeheuerte Attentäter seine Meinung änderte und beschloss, den Plan aufzudecken, indem er enthüllte, dass er angewiesen worden war, die Morde unter der Aufsicht türkischer Geheimdienstoffiziere auszuführen. Die komplizierten Details des Plans wurden in einer Strafanzeige dargelegt, die am 5. September 2022 von Vedat Serin, dem Pastor und Vertreter der Stiftung des Vereins der Kurtuluş-Kirchen (Heil) in Malatya, bei der Staatsanwaltschaft eingereicht wurde.

Der Klageschrift zufolge wandte sich Tolgahan Aban, eine rechtsextreme Figur, im August 2022 an Serin, um Details über die Verschwörung zu enthüllen. Aban behauptete, dass im Jahr 2015 berüchtigte Mitglieder des Armeegeheimdienstes sein Büro besucht und ihn angewiesen hätten, christliche Missionare zu ermorden....